

Anfragen zum Plenum

in der 16. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Renate Ackermann
(GRU)

Angesichts der Tatsache, dass eine Abschiebung nach China für die Betroffenen oft ein jahrelanges Martyrium in Zwangsarbeitslagern mit Folter und zum Teil tödlichem Ausgang zur Folge hat und die chinesischen Sicherheitskräfte sehr weitreichende Befugnisse zur willkürlichen Festnahme und Verhängung eines Hausarrestes haben, frage ich die Staatsregierung, wie viele in Bayern lebende chinesische Staatsangehörige wurden bzw. sollen 2012 zu Sammelanhörungen durch den bayerischen Staat vorgeführt werden, bei denen sie chinesischen Sicherheitskräften (Geheimdienst, Vertreter des chinesischen Ministeriums für Öffentliche Sicherheit (MfÖS) u.ä.) ausgesetzt sind, in welchen Gebäuden bzw. Räumen hat oder wird dieses stattfinden und welches nicht chinesische Personal ist dauerhaft oder zeitweise bei diesen Vorführungen anwesend?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Zeitabschnitt erfolgt der angekündigte Bau der 85 cm dicken und 10 m hohen Schutzmauer um das Atommüllzwischenlager BELLA in Ohu, welcher Art konkret sind die vom Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit angekündigten und sicherlich mittlerweile umgesetzten „kurzfristig eingerichteten administrativen Maßnahmen“ beim Zwischenlager in Ohu, durch welche „das erforderliche Sicherungsniveau sichergestellt“ werden sollte, bis die baulichen Maßnahmen abgeschlossen seien (siehe Drs. 16/11790) und wäre es nicht besser, anstatt des aufwändigen Mauerbaus die Atommüll-Contoren gleich in von oben geschützte, unterirdische, tiefgaragenähnliche und damit auch seitlich optimal geschützte Lager Räume zu verbringen?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, was Augenzeugen und der Bericht in der „Fränkischen Landeszeitung“ vom 12. April 2012 berichten, dass sich ein US-Soldat mit Gewehr bewaffnet an dem kurzzeitig unpassierbaren Bahnübergang an der AN 12/Bahnstrecke Wicklesgreuth-Katterbach postiert hat und somit hoheitliche Aufgaben auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgeübt und damit polizeiliche Aufgaben übernommen hat, auf welcher Rechtsgrundlage begründet sich dieses Vorgehen?

Margarete Bause
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie sieht sie die Finanzierungsmöglichkeiten für die Stadt-Umland-Bahn, die die Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach verbinden soll, nachdem Staatsminister Joachim Herrmann in der Presse großzügige Förderung der Investitionskosten in Aussicht gestellt hat, inwieweit sieht die Staatsregierung im S-Bahn-Verschwenk in Fürth eine Konkurrenz zur Stadt-Umland-Bahn um Fahrgäste und wie positioniert sich die Staatsregierung vor diesem Hintergrund zum S-Bahn-Verschwenk in Fürth?

Dr. Thomas Beyer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie erklärt sich angesichts der Tatsache, dass der „Bayerische Finanzbrief“ des Staatsministeriums der Finanzen vom Februar 2012 den Mitgliedern des Landtags durch die Deutsche Post AG mit einer Frankierstempelung von 1,45 Euro unter der Absenderangabe „Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, 80535 München“ übermittelt wurde, die Antwort des Staatsministeriums der Finanzen auf meine Anfrage zum Plenum vom 27. März 2012, wonach ein Versand des „Bayerischen Finanzbriefs“ über einen Postdienstleister, der durch Ausschreibung ermittelt wurde, erfolge, wonach die Portokosten 1,19 Euro betragen würden und der „Bayerische Finanzbrief“ insgesamt ca. „1,36 Euro pro Stück inklusive Druck- und Portokosten“ kosten soll?

Sabine Dittmar
(SPD)

Wann wurden bei Müller-Brot in den Jahren 1999 bis 2009 (genaue Datumsangabe) von der Lebensmittelüberwachung Freising Kontrollen durchgeführt und für welche Vergehen, Verstöße und Beanstandungen wurden in welcher Höhe jeweils Bußgeldbescheide (Datumsangabe) ausgestellt?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welchen Einfluss hat der zweite Bürgerentscheid zur Bahnanbindung Lindaus in Lindau vom März 2012 auf den Zeitplan des Streckenausbaus von München über Lindau nach Zürich, inwieweit trifft es zu, dass aufgrund geänderter Richtlinien der Deutschen Bahn AG (DB) betreffend Trassierungsgeschwindigkeit und Auslegung des Unterbaus die Planung noch einmal optimiert werden muss, und inwieweit setzt eine Erhöhung der Anzahl der Fernzüge von München nach Zürich einen Streckenausbau für die S-Bahn zwischen München-Pasing und Geltendorf voraus?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie verändern sich die Planungen für das Behördenzentrum Luitpoldbad in Bad Kissingen angesichts der kürzlich vom Staatsministerium der Finanzen an die Stadt erfolgten Mitteilung, dass das Wasserwirtschaftsamt (WWA) nicht in das Behördenzentrum umziehen wird, wie sollen die für das WWA geplanten Räumlichkeiten genutzt werden und welche Auswirkungen hat dies auf die Gesamtfinanzierung?

Anne Franke
(GRU)

Da bei amtlichen Saatgutkontrollen in Niedersachsen laut einer Veröffentlichung vom März 2012 in vier von 72 Maissaatgutproben Spuren von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) gefunden wurden, frage ich die Staatsregierung, wie viele Saat-

gutkontrollen in Bayern seit 2010 durchgeführt wurden (mit Benennung der durchführenden Stellen), an welchen Pflanzen und Orten und wie oft dabei GVO nachgewiesen wurden?

Thomas Gehring
(GRU)

Nachdem nach Erhebung der amtlichen Schuldaten und Abgängerdaten nun auch der Plausibilisierungsprozess abgeschlossen ist, frage ich die Staatsregierung erneut, wie hoch sind die Übertrittszahlen nach der vierten Klasse Grundschule an weiterführende Schulen im Schuljahr 2011/2012 (in Prozent und absoluten Zahlen) und wie viele Schülerinnen und Schüler sind nach der fünften Klasse Haupt- bzw. Mittelschule in Realschule und Gymnasium übergetreten (in Prozent und absoluten Zahlen) und wie viele Schülerinnen und Schüler sind nach der fünften, sechsten, siebten, achten und neunten Klasse von Realschule und Gymnasium an die Hauptschule gewechselt (in Prozent und absoluten Zahlen)?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wieso kann im Zusammenhang mit der Planung der Nordumgehung Gaimersheim und dem Beschluss zur diesbezüglichen Petition im Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie vom 24. März 2011 in der Sitzung des Ingolstädter Stadtrats am 15. Februar 2012 sich der Fraktionsvorsitzende der CSU-Stadtratsfraktion „auf deutliche Hinweise berufen, dass der Beschluss wieder aufgehoben wird“ und zur Grundlage entsprechender Beschlüsse machen, obwohl die entsprechende Sitzung mit erneuter Behandlung der Petition erst in dieser Woche am 19. April 2012 stattfindet, sodass bei den betroffenen Bürgern und Einreichern der Petition der verständliche Eindruck entsteht, dass das Petitionsrecht nur auf dem Papier besteht?

Eike Hallitzky
(GRU)

Nachdem die Universität Passau bei ihrer Gründung 1978 für 4.000 Studierende und 750 Planstellen ausgelegt war, die Zahl der Planstellen im Jahr 2012 aber bei rund 546 (Planstellensoll A) – d.h. rund 200 Stellen unter Plan – stagniert, während die Studierendenzahl mittlerweile auf über 10.200 – also auf mehr als 250 Prozent der ursprünglichen Zielgröße – angestiegen ist, frage ich die Staatsregierung, ob sie bestätigen kann, dass die Universität Passau im Gegensatz zu allen anderen bayerischen Universitäten, vor allem aber zu vergleichbaren Universitäten wie Bamberg und Bayreuth, mit deutlich weniger (m.E. besser: deutlich zu wenig) Planstellen ausgestattet ist, aus welchen Gründen die Staatsregierung in den vergangenen Jahrzehnten die Stellenpläne nicht an den tatsächlichen und wachsenden Bedarf angepasst hat und wie sie in der Zeitachse dieses infrastrukturelle Defizit der Universität Passau beheben will, zumal noch nicht einmal die bei der Gründung zugesagten Stellen bis heute geschaffen wurden?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob es Freisetzung von gentechnisch veränderter Organismen (GVO) gab, an denen bayerische Institutionen beteiligt waren und wo Forschung und Entwicklung von Organismen für agrotechnische Anwendungen mit welcher finanziellen Ausstattung stattfinden?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, was sie tun will, um den bayerischen Futtertrocknungen auch zukünftig ein Überleben und ein wettbewerbsfähiges Dasein zu ermöglichen, da nach dem Wegfall der EU-Förderung 2011 die Futtertrocknungen in einer schwierigen Situation, gerade auch in Bayern, sind, wo zusätzlich noch die Förderung des Landeskuratoriums für pflanzliche Erzeugung in Bayern e.V.(LKP) weggefallen ist, auch vor dem Hintergrund der ökologischen Bedeutung des Grünlandes und der jetzt gestarteten Initiative für heimisches Eiweiß?

Erwin Huber
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, lässt sich der Fachbereich Duale Berufsausbildung mit Fachhochschulreife (DBFH) an der Hans-Glas-Berufsschule in Dingolfing noch weiter ausbauen und könnte es mit Unterstützung der Kammern gelingen, mittelständische Unternehmen dafür zu gewinnen, ihren Auszubildenden die Teilnahme zu ermöglichen?

Claudia Jung
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe ist eine Beteiligung des Landes Bayern an Landesmitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) bei der Berufseinstiegsbegleitung vorgesehen, ab wann ist geplant, mit der neuen Berufseinstiegsbegleitung an den Schulen konkret zu beginnen und an welchen Schulen in Bayern soll die neue Berufseinstiegsbegleitung zuerst umgesetzt werden?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, was unternimmt sie, damit der gefährliche Atommüll aus den Nasslagern und Zwischenlagern in den Atomkraftwerken in Bayern so schnell wie möglich geräumt wird, wann wird das Zwischenlager am Standort Gundremmingen geräumt werden, und welche Bundesländer werden bereit sein, den bayerischen Atommüll endzulagern, wenn Bayern sich nicht am Endlagersuchprozess beteiligen will?

Annette Karl
(SPD)

Wie viele Maissaatgutproben wurden zur Aussaat 2012 in Bayern auf gentechnische Verunreinigungen untersucht, welches Ergebnis wurde hierbei ermittelt (Sorte, Firma...) und auf welchem Weg wurden die Ergebnisse der Beprobung veröffentlicht?

Alexander König
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Schritte unternimmt sie mit welchem bisherigen Ergebnis, um die Anbindung der Städte Münchberg und Bayreuth auf der so genannten Franken-Sachsen-Magistrale über den Dezember 2013 hinaus im Zwei-Stunden-Takt mit dem Interregio-Express (IRE) der Deutschen Bahn AG (DB) zu gewährleisten, und für den durchgehend zweigleisigen Ausbau dieser Bahnstrecke mit moderner Signaltechnik?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Position nimmt sie zur Wiederaufnahme der Ausbau- bzw. Neubaustrecke Hanau-Würzburg/Fulda-Erfurt (Mottgers-Spange) in den Investitionsrahmenplan des Bundes ein, gibt es diesbezüglich Veränderungen bei den Finanzierungszusagen der Länder bzw. Bund und wann soll mit einer konkreten Planung zum Streckenverlauf begonnen werden?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit muss für eine vom Freistaat geförderte Straßenbaumaßnahme das Nutzen-Kosten-Verhältnis ermittelt werden, wie kann ohne vorliegendes Nutzen-Kosten-Verhältnis allgemein überprüft werden, ob eine zur Förderung eingereichte Maßnahme wirtschaftlich ist und wie wurde beim Umbau des Kreuzungsbereiches Südliche Entlastungsstraße/Laugnastraße in Wertingen die Wirtschaftlichkeit überprüft bzw. nachgewiesen?

Christa Naab
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Initiativen sie zur Realisierung der von den gegenwärtigen Koalitionsfraktionen schon in der 15. Wahlperiode im Deutschen Bundestag in einem Antrag vom 6. Mai 2003 (BT-Drs. 15/924) zum Ausdruck gebrachten Forderung nach Entschädigung von Personen, „die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staats- oder Volkszugehörigkeit durch fremde Staatsgewalt während des Zweiten Weltkriegs und danach zur Zwangsarbeit herangezogen wurden“ seit der Bildung der schwarz-gelben Bundesregierung 2009 ergriffen hat bzw. welche konkreten parlamentarischen Initiativen – zum Beispiel im Bundesrat – und anderen politischen Maßnahmen mit dem Ziel einer baldigen gesetzlichen Grundlage für eine humanitäre Geste der materiellen Anerkennung in dieser Legislaturperiode geplant sind und wie sie die Begründung von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) bewertet, der lt. „SZ Online“ vom 28. August 2011 eine entsprechende Entschädigungsforderung des Bundes der Vertriebenen (BdV) beim Tag der Heimat 2011 ablehnte, weil deutsche Zwangsarbeit im Ausland nach dem Zweiten Weltkrieg „als Massenschicksal (gelte), das nicht entschädigt werden könne“?

Maria Noichl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wann ist mit einer Umsetzung des einstimmigen Beschlusses des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes vom 11. Oktober 2011 zu rechnen, worin um eine Verbesserung der Situation der Verwaltungsangestellten an der Astrid-Lindgren-Grundschule gebeten wird, die aufgrund von acht Kooperationsklassen besonders belastet ist?

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Rücklagen aus Studienbeiträgen befanden sich zum letztmalig erhobenen Stichtag auf den Konten der einzelnen Hochschulen in Bayern und zu welchem Stichtag findet die nächste Erhebung statt?

Karin Pranghofer
(SPD)

Nachdem das Kultusministerium zur Vermeidung von Unterrichtsausfall in einem Modellversuch „Integrierte Lehrerreserve“ plant, einzelne Schulen mit einem erhöhten Gesamtbudget auszustatten, frage ich die Staatsregierung, wie hoch das aktuelle prozentuale Lehrerbudget an diesen Schulen ist, um wie viel höher wird das Gesamtbudget an diesen Versuchsschulen prozentual ausfallen und wie viele zusätzliche Lehrerstellen werden an diesen Schulen bereitgestellt?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die Betreuungsquote in Prozent von Kindern unter drei Jahren in öffentlich geförderter

Tagesbetreuung, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken, Landkreisen und kreisfreien Städten im Freistaat Bayern?

Eberhard Rotter
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, durch welche geeigneten Maßnahmen will sie den Abschluss einer Tarifkooperation zwischen Veolia und der Deutschen Bahn AG (DB) sicherstellen, wie kann gewährleistet werden, dass Pendler auch künftig die Fern- und Nahverkehrszüge flexibel mit einem Jahresabo nutzen können und weshalb ist eine tarifliche Eingliederung, wie in anderen Bundesländern bereits praktiziert, nicht schon in der Ausschreibung gefordert worden?

Dr. Martin Runge
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, weshalb wurde im Planfeststellungsverfahren „Ausbau B 2 südlich Fürstenfeldbruck“ die nötige zweispurige Behelfsumfahrung nicht im eigentlichen Verfahren berücksichtigt, was sind die Gründe dafür, dass die dann erforderliche Planänderung im Vereinfachten Verfahren, heißt ohne Planauslegung, durchgeführt wurde, und hätte nicht auch in diesem Vereinfachten Verfahren der Bund Naturschutz als Betroffener, der abwägungserhebliche Belange hätte vortragen können (abwägungserheblich bedeutet bekanntlich: „Die Planung hat alle mehr als geringfügigen, schutzwürdigen und erkennbaren Belange in die Abwägung einzustellen.“), über die Planänderung informiert werden müssen?

Maria Scharfenberg
(GRU)

Nachdem im Zuge des Umbaus der St 2263 Ortsdurchfahrt Weisendorf zur Erschließung des Tagescafés an der östlichen Höchststadter Straße (Beck Drive) eine erforderliche Aufstellfläche für Linksabbieger hergestellt werden soll, wobei der vorhandene Parkstreifen in die Straßenplanung mit einfließt, frage ich die Staatsregierung, wie breit die Gehsteige und der Raum für den Radverkehr an dieser Stelle auf beiden Seiten geplant sind, ob für den verlorengegangenen Parkraum eine Ersatzparkmöglichkeit geschaffen wird und ob bei der Planung berücksichtigt wurde, dass durch den geplanten Kreisverkehr südlich eine Wendemöglichkeit für die Besucher des Tagescafés geschaffen wird, die die Herstellung einer Linksabbiegerspur erübrigen würde?

Franz Schindler
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilte Straftäter seit dem Inkrafttreten des Bayerischen Strafvollzugsgesetzes (BayStVollzG) am 1. Januar 2008 ihre Strafe in bayerischen Justizvollzugsanstalten verbüßen und wie vielen hiervon seitdem nach wie vielen Jahren im Vollzug Hafturlaub gemäß Art. 14 Abs. 3 BayStVollzG gewährt worden ist ?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, was unternimmt sie im Zusammenhang mit dem Abzug der Heeresflieger aus der Otto-Lilienthal-Kaserne in Roth, um den Standort der Polizeihubschrauberstaffel in der Kaserne in Roth zu sichern?

Theresa Schopper
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie möchte sie ihrer Verpflichtung zur paritätischen Finanzierung der Investitionskosten an den bayerischen Plankrankenhäusern nachkommen, nachdem es durch die aktuelle Mittelbereitstellung im Haushalt sogar zu einer Minde-

rung der Zuweisungen im Rahmen des Jahreskrankenhausbauprogramms an die Träger mit laufenden Projekten kommen kann und sich das Haushaltsniveau mit 430 Mio. Euro auf einem historischen Tiefstand befindet?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche allgemeinen verbindlichen Vorgaben bestehen von welcher zuständigen Stelle für das diagnostische Vorgehen bei den ärztlichen Untersuchungen zur Einstellung von Beamtenanwärterinnen und -anwärtern durch die jeweils zuständigen Gesundheitsämter und in welchem Umfang bleiben die diagnostischen Maßnahmen den jeweiligen ärztlichen Fachkräften überlassen?

Adi Sprinkart
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie wirkt sich der zweite Bürgerentscheid für einen Festlandbahnhof in Lindau-Reutin auf die Schaffung zusätzlicher Haltepunkte zwischen Heimenkirch und Lindau aus?

Christine Stahl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche inhaltlichen Änderungen sind bei den Lehrstühlen der Akademie der Bildenden Künste in Nürnberg geplant, gibt es insbesondere Bestrebungen, die traditionelle Ausbildung in der Gold- und Silberschmiedekunst mittelfristig aufzugeben, wie der Text der aktuellen Ausschreibung für den Lehrstuhl vermuten lässt (z.B. im Titel: Freie Kunst; des Weiteren: (...) die Betreuung der derzeit in der Fachrichtung (...) eingeschriebenen Studierenden) und welche alternativen Lehrangebote sollen gegebenenfalls stattdessen eingerichtet werden?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist aktuell die Summe der vom Freistaat Bayern zugesagten Fördermittel (aufgeschlüsselt in Euro nach bereits im Bau befindlichen bzw. bewilligten Finanzierungszusagen und zur Förderung vorliegender Anträge, für die Errichtung und Sanierung vereinseigener bayerischer Sportanlagen und Sportstätten, vorliegend beim Bayerischen Landes-Sportverband (BLSV), Bayerischen Sportschützenbund (BSSB) und aller beantragenden Vereine für den bayerischen Sportstättenbau, die noch nicht ausbezahlt worden sind, wie hat sich der Stand der zugesagten, aber noch nicht ausbezahlten Mittel in den vergangenen zwölf Jahren entwickelt und in welchen Finanzierungsschritten soll dieser Förderstau abgebaut werden?

Reinhold Strobl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Initiativen hat Ministerpräsident Horst Seehofer hinsichtlich einer Erhöhung der so genannten Pendlerpauschale ergriffen, so wie er dies im Gespräch mit Bürgern bei seinem Besuch im Landkreis Amberg-Weizsbach am 1. März 2012 andeutete, um so die finanziell schwierige Situation der Arbeitnehmer in den ländlichen Regionen angesichts der gestiegenen Kraftstoffpreise zu verbessern?

Simone Tolle
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, hält sie eine lediglich stichprobenartig vorgenommene Eingangskontrolle von Elektroschrott auf radioaktive Stoffe bei der Fa. L. in Wonfurt für ausreichend und wie und wie oft wird diese Eingangskontrolle behördlicherseits überwacht?

Dr. Paul Wengert
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen hat sie bislang nicht über ihre Verhandlungen mit den Verbänden der bayerischen Kreditwirtschaft über die Einführung eines bayerischen Investitions- und Tourismusbarometers berichtet, obwohl sie zu diesen Verhandlungen mit Beschluss des Landtags vom 28. Juni 2011 (Drs. 16/9045) aufgefordert und für den Bericht eine Frist bis zum 30. November 2011 gesetzt wurde ?

Johanna Werner-Muggendorfer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum wird für die Ersatzbeschaffung eines Mehrzweckfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Kelheim-Stadt keine Ausnahmegenehmigung für die Gewichtsauflastung auf 3,88 t erteilt, nachdem es keinerlei technische oder andere Begründungen für die Beschränkung auf 3,5 t gibt und die Überschreitung auf 3,88 t auf die Sicherheit der Einbauten zurückzuführen ist, da andernfalls die Einbauten für jeden Einsatz ein- und ausgebaut werden müssten?

Peter Winter
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass für schulpflichtige Asylbewerber, die „dezentral“, was ja durchaus gewünscht ist, in Kommunen untergebracht werden, die betreffenden Gemeinden, deren Unterstützung hierbei benötigt wird, die vollen Schülerbeförderungskosten zu tragen haben, wenn die Asylbewerber nicht die örtliche Mittelschule, sondern wegen mangelnder Deutschkenntnisse z.B. die nächstliegende Förderschule besuchen müssen?

Isabell Zacharias
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele neue und nachhaltige Arbeitsplätze wurden in Verbindung mit dem Umzug des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung von München nach Fürth am neuen Standort geschaffen, wie viel Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (bitte Gesamtzahl angeben) haben ihren Arbeitsplatz von München nach Fürth verlegt und welche Kosten waren mit dem Umzug verbunden?